

AI

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

7. Sitzung (nicht öffentlich)

10. Januar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.25 Uhr

Vorsitz: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD) (Vorsitzender)
Abgeordneter Frechen (SPD) (Vors. in Vertretung)

Stenograph: Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

- | | |
|------------------------------|---|
| a) Italienreise | 1 |
| b) Flüchtlingsaufnahmegesetz | 1 |

1 Aktuelle Viertelstunde

- a) **Polizeieinsatz am 20.12.1990 gegen die Geschwister Angelika und Barbara Lafos**

Frage der Abgeordneten Opladen (CDU) 3

Landeskriminaldirektor Seidel (IM) erstattet einen Bericht.
Die sich anschließend ergebenden Fragen werden vom Innenminister beantwortet.

b) Anschlag auf die Staatskanzlei

6

Minister Dr. Schnoor unterrichtet den Ausschuß und antwortet auf Fragen der Abgeordneten.

**c) Durchsuchungsaktion in Bonn-Bad Godesberg am
9. Januar 1991**

Frage des Abgeordneten Appel (GRÜNE)

8

Der Ausschuß nimmt eine vorläufige Berichterstattung des Innenministeriums entgegen; sie soll in der nächsten Sitzung fortgeführt werden.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991
(Haushaltsgesetz 1991)**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800Einzelplan 03 - Innenminister
Vorlage 11/243

9

Der Ausschuß berät in einem ersten Durchgang kapitelweise die Personal- und Sachtitel des Einzelplans 03:

	Seite
Kap. 03 010 - Ministerium	9
Kap. 03 020 - Allgemeine Bewilligungen	11
Kap. 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen	12
Kap. 03 310 - 5 Regierungspräsidenten	20
Kap. 03 350 - Fachhochschule für öffentliche Verwaltung	21
Kap. 03 370 - Fortbildungsakademie des Innenministeriums	21
Kap. 03 610 - Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik	22
Kap. 03 630 - Landesbeauftragter für den Datenschutz	22
Kap. 03 750 - Landesfeuerweherschule Nordrhein-Westfalen	22
Kap. 03 810 - Wiedergutmachung und	
Kap. 03 820 - Landesrentenbehörde	23

3 Amnestie - jetzt oder nie!

- Einbringung eines Gesetzes zum Strafnachlaß anläßlich der Deutschen Vereinigung

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/597

24

Nach kurzer Beratung wird der **Antrag Drucksache 11/597** mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme des Vertreters der GRÜNEN **abgelehnt**.

4 Entscheidung über eine eventuelle Reise einer Delegation des Landtags Nordrhein-Westfalen in den Kosovo/Jugoslawien

(Antragstellerin: Fraktion DIE GRÜNEN)

25

Der Antrag, den Abgeordneter Dr. Vesper für seine Fraktion begründet, wird vom Ausschuß eingehend beraten.

Nach Ablehnung eines Vertagungsantrags der GRÜNEN durch die Vertreter der drei anderen Fraktionen wird zunächst die Debatte fortgesetzt und anschließend abgestimmt.

Der Ausschuß lehnt den Antrag der GRÜNEN, eine Delegation des Landtags in den Kosovo zu entsenden, mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme des Vertreters der GRÜNEN ab.

5 Entscheidung über eine gemeinsame Sitzung mit dem Innenausschuß des Landtags Brandenburg

34

Der Punkt wird vertagt.

Aus der Diskussion

Vorsitzender Reinhard wünscht zunächst alles Gute für das Jahr 1991 und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das gute und sachliche Klima im Innenausschuß erhalten bleiben möge.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht er sodann zwei Punkte an:

a) Italienreise

Die Landtagspräsidentin habe die Durchführung der beantragten Reise einer Kommission des Ausschusses nach Italien - im Stärkeverhältnis 5 : 3 : 1 : 1 - genehmigt. Er bitte die Fraktionen, bis zur nächsten Sitzung die Teilnehmer zu benennen. Als Termin schlage er den Zeitraum **9. bis 18. Mai 1991** vor. - Der **Ausschuß** stimmt einmütig zu.

b) Flüchtlingsaufnahmegesetz

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, der Arbeits- und Sozialausschuß beabsichtige, schon am kommenden Mittwoch, dem 16. Januar, eine Entscheidung zu treffen. Dies setze voraus, daß die mitberatenden Ausschüsse zuvor ihre Voten abgäben. Er habe deshalb schon vor Weihnachten mit den Vertretern aller Fraktionen die Möglichkeit abgesprochen, am Dienstag, dem 15. Januar, zu diesem Zwecke zu einer Ausschußsitzung zusammenzukommen. Nun höre er jedoch, daß das bei der CDU-Fraktion auf Schwierigkeiten stoße.

Abgeordneter Paus (CDU) legt dar, die CDU-Fraktion sei am Dienstag und Mittwoch nächster Woche verhindert, weil eine seit längerem geplante Klausurtagung des Arbeitskreises seiner Fraktion in Wuppertal stattfinde, die am Mittwoch mittag ende. Ein früherer Termin sei schon deshalb nicht möglich, weil das Ergebnis der Anhörung zunächst in der Fraktionssitzung am Dienstag vormittag erörtert werden müsse.

Ausschuß für Innere Verwaltung
7. Sitzung

10.01.1991
ei-pr

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) macht geltend, daß erst am kommenden Montag eine Stellungnahme des Arbeits- und Sozialministers zu der Anhörung zu erwarten sei, die am Dienstag in der Fraktion beraten werden müsse.

Die SPD-Fraktion geht nach den Worten des **Abgeordneten Frechen (SPD)** davon aus, daß das Gesetz in dem vorgegebenen Zeitrahmen verabschiedet werden könne. Es habe zunächst grundsätzliches Einverständnis bestanden, daß der Ausschuß am Dienstag tage; die CDU-Fraktion hätte das ja bei der Terminierung der Klausurtagung berücksichtigen können. Die SPD-Fraktion behalte sich vor, beim Ausschußvorsitzenden zu beantragen, zu einer Sitzung einzuladen und notfalls in Kauf zu nehmen, daß die CDU-Fraktion nicht teilnehme.

Abgeordneter Dr. Lichtenberg (CDU) entgegnet, der Termin der Klausurtagung des Arbeitskreises Innen der CDU-Fraktion stehe seit Monaten fest. Eine kurzfristige Absage bedeute sehr wahrscheinlich, daß Reise- und Hotelkosten bezahlt werden müßten. Der Ausschußvorsitzende habe vorhin auf das gute Klima im Innenausschuß hingewiesen: Ein solches Vorbringen wie das des Abgeordneten Frechen habe er in den zehn Jahren seiner Zugehörigkeit zum Innenausschuß noch nicht erlebt.

Angesichts des Tones, den Abgeordneter Frechen bei der Frage der Terminierung anschlage, bittet **Abgeordneter Meyers (CDU)** einmal grundsätzlich darzulegen, warum bei diesem Gesetzentwurf eine solch hektische Eile an den Tag gelegt werde. Aus seiner Sicht sei Zeit genug, die abschließende Beratung in der nächsten oder auch der übernächsten Ausschußsitzung durchzuführen.

Abgeordneter Frechen (SPD) stellt fest, die zeitliche Abfolge der Beratungen sei mit den Kolleginnen und Kollegen des Arbeits- und Sozialausschusses abgestimmt worden. An der abschließenden Beratung des federführenden Ausschusses am kommenden Mittwoch werde auch die CDU-Fraktion teilnehmen. Es stimme nachdenklich, daß, nachdem eine solche Absprache stattgefunden und außerdem vor Weihnachten eine Verständigung zwischen den Fraktionssprechern des Innenausschusses erzielt worden sei, die CDU-Fraktion nun die Klausurtagung ihres Arbeitskreises ins Feld führe.

Die SPD-Fraktion lege Wert darauf, daß die Absprache eingehalten werde. Sie mache auch keinen Hehl daraus, daß sie das Gesetz gerne schnell verabschiedet hätte.

Abgeordneter Paus (CDU) ersucht die SPD-Fraktion, nicht mit Unterstellungen zu arbeiten, was die Terminierung der Klausurtagung angehe. Daß der Termin seit langem feststehe, lasse sich leicht durch einen Blick in die Unterlagen des Ministeriums klären.

Der **Vorsitzende** stellt fest, aufgrund der bestehenden Sachlage werde er den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Ausschußsitzung am 17. Januar bringen - es sei denn, die SPD beantrage, schon vorher eine Sitzung durchzuführen.

1 Aktuelle Viertelstunde

a) Polizeieinsatz am 20.12.1990 gegen die Geschwister Angelika und Barbara Lafos

Frage der Abgeordneten Opladen (CDU)

Landeskriminaldirektor Seidel (Innenministerium) berichtet wie folgt:

Aufgrund der Presseveröffentlichungen, die Ihnen ja bekannt sind, hat die Staatsanwaltschaft Aachen ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen die Polizeibeamten eingeleitet, die an dem Einsatz, um den es hier geht, beteiligt waren. Das bedeutet, daß ich die Informationen mit der dadurch gebotenen Zurückhaltung weitergeben möchte.

Der Sachverhalt: Am 19. Dezember letzten Jahres wurde in Mönchengladbach ein Juwelier ermordet und beraubt. Die Leiche dieses Juweliers wurde aber nicht in Mönchengladbach, sondern im Zuständigkeitsbereich des Poli-